

14.06.2023

PRESSEINFORMATION

Corona-Soforthilfen

Mittelstand und FDP fordern: Rückmeldeverfahren Soforthilfe Corona aussetzen, Rechtsklarheit herstellen

Der Verband Der Mittelstand.BVMW in Bayern und die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag setzen sich gemeinsam dafür ein, die Rückzahlungspflicht der Soforthilfe Corona vorübergehend auszusetzen. Dies muss gelten, bis die nun auch in Bayern dagegen laufenden Verfahren abgeschlossen sind und Rechtsklarheit besteht. Einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag hat die FDP-Landtagsfraktion zur heutigen 147. Plenarsitzung eingereicht. In Nordrhein-Westfalen hatten klagende Unternehmen beim ähnlich gelagerten Rückzahlungsverfahren zur NRW-Soforthilfe bereits in zwei Instanzen Recht bekommen, wodurch dieses nun neu aufgesetzt werden muss.

Dazu erklärt **Achim von Michel**, Sprecher des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW) in Bayern: „Die gestern auf einer Website des Bayerischen Wirtschaftsministeriums angekündigte Verlängerung der Rückmeldefrist ist nicht die richtige Antwort an den Mittelstand in Bayern. Wir wundern uns zum einen sehr, dass diese Änderung nicht sofort aktiv von der Staatsregierung kommuniziert wurde, sondern nur versteckt auf einer Corona-Unterseite im Internet zu finden ist. Zum anderen ist inzwischen die erste Klage eines Mittelständlers sowohl zum Online-Verfahren als auch zu den Rückzahlungsforderungen beim Verwaltungsgericht München anhängig. Das gesamte Verfahren sollte deshalb vollständig ausgesetzt werden, bis Rechtssicherheit herrscht. So lange sollte man auch nichts zurückzahlen, sondern weiter abwarten.“

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Albert Duin**, ergänzt: „Die Rückforderungen treffen viele bayerische Unternehmen hart. Vor allem Firmen, die schon unter der Pandemie schwer gelitten haben, geraten jetzt möglicherweise erneut in Schieflage. Bei Ihnen wurde von Anfang an der Eindruck erweckt, dass die Hilfen nicht zurückzuzahlen seien: Noch im Februar 2021 hatte das Bayerische Wirtschaftsministerium vermeldet, dass es kein allgemeines Rückmeldeverfahren geben werde. Hubert Aiwanger, der angeblich alles für die Mittelständler tut, hat die Prüfung dann aber selbst veranlasst, nur um anschließend wieder dem Bund die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben. Es ist inakzeptabel, dass die bayerische Wirtschaft für politische Spielchen herhalten muss. Natürlich ist es wichtig, dass Missbrauch bei der Verwendung von Fördermitteln verhindert wird. Dennoch sollte die bayerische Staatsregierung eine gerechte Lösung für alle Beteiligten finden. Bis die Verfahren abgeschlossen sind, und die Gerichte geklärt haben, ob die Staatsregierung vielleicht rechtswidrig handelt, muss die Rückzahlungspflicht ausgesetzt werden.“